

Röhl, Klaus-Heine; Schröder, Christoph

Research Report

Regionale Armut: Welche Regionen sind in Deutschland besonders von Armut betroffen?

IW-Kurzbericht, No. 49.2016

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Röhl, Klaus-Heine; Schröder, Christoph (2016) : Regionale Armut: Welche Regionen sind in Deutschland besonders von Armut betroffen?, IW-Kurzbericht, No. 49.2016, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/157554>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus-Heiner Röhl / Christoph Schröder

Regionale Armut

Welche Regionen sind in Deutschland besonders von Armut betroffen?

Nicht alle Regionen sind in Deutschland gleichermaßen von Einkommensarmut betroffen. Um die besonders armutsgefährdeten Gebiete zu identifizieren, ist es wichtig, regionale Preisunterschiede zu berücksichtigen. Die größeren Städte treten dann als regionale Brennpunkte besonders deutlich hervor, während sich das Ost-West-Gefälle gegenüber einer Betrachtung, welche die Preisniveaus außer Acht lässt, deutlich abschwächt.

Einkommensarmut ist in Deutschland regional nicht gleichmäßig verteilt. Bei der herkömmlichen Betrachtung mit nominal einheitlichem Schwellenwert, der 60 Prozent des deutschlandweiten mittleren Einkommens beträgt, bleibt aber unberücksichtigt, dass sich das Preisniveau zwischen den Regionen stark unterscheidet. So sind die Lebenshaltungskosten nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in München, der teuersten Region, um 37 Prozent höher als in Tirschenreuth, dem preisgünstigsten Kreis (Kawka, 2009). In Ostdeutschland lagen die Preise im Schnitt um über 5 Prozent unter Westniveau.

Preisunterschiede zu beachten ist bei der Armutsbe-

trachtung wichtig. Denn laut Definition der EU gilt als arm, wer aufgrund von mangelnden Ressourcen „...von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist“ (Rat der Europäischen Gemeinschaften, 1985, 24). Geht man daher von einer annehmbaren Lebensweise aus, die möglichst überall zu erreichen ist, dann sollten auch die finanziellen Ressourcen hierfür eine einheitliche Kaufkraft widerspiegeln. Daher wird nachfolgend die Einkommensarmutsschwelle so variiert, dass ihr überall die gleiche Kaufkraft entspricht. Somit ist ein Single in München noch bis zu einem Einkommen von 1.106 Euro kaufkraftarm, während ein Alleinstehender in Tirschenreuth bereits bei einem Monatseinkommen von 818 Euro nicht mehr zu den Kaufkraftarmen zählt.

Die Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten hat einen starken Einfluss auf die regionale Armutsgefährdung: Der Übergang von der Einkommensarmut zur Kaufkraftarmut halbiert die Ost-West-Unterschiede. Durch den in Ostdeutschland preisbedingt niedrigeren Schwellenwert sinkt die Quote von 19,9 auf 17,6 Prozent, während sich die westdeutsche Kaufkraftarmutsquote mit 14,8 Prozent gegenüber

Regionale Einkommensarmut im Jahr 2013

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Stadt	Land	Deutschland
Preisniveau (Deutschland = 100)	101,1	95,6	105,4	98,5	100,0
Einkommensarmut ohne Preisbereinigung	14,4	19,9	19,1	14,5	15,5
Einkommensarmut mit Preisbereinigung (Kaufkraftarmut)	14,8	17,6	21,6	13,7	15,4
darunter von ...					
Personen in Haushalten mit Arbeitslosen	45,5	56,2	59,1	45,0	48,7
Personen mit Migrationshintergrund	23,2	28,7	32,5	21,7	23,9
Alleinstehenden	25,1	30,3	30,2	25,1	26,3
Personen in Alleinerziehendenhaushalten	30,1	34,9	39,2	29,1	31,2
Personen ohne erhöhte Risikofaktoren	5,6	6,1	5,7	5,5	5,7
Intraregionale Einkommensarmut	15,6	13,4	17,0	14,4	15,1
mittlere Kaufkraft in Euro	1.524	1.376	1.389	1.529	1.494

Stadt: Regionen, die nur kreisfreie Städte enthalten. Land: Regionen, die sich aus Landkreisen oder Landkreisen und Stadtkreisen zusammensetzen. Einkommensarmut ohne Preisbereinigung: Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des deutschen Medianeinkommens. Kaufkraftarmut: Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des regional preisbereinigten deutschen Medianeinkommens; in Prozent der Bevölkerung. Personen ohne erhöhte Risikofaktoren: Personen in Mehrpersonenhaushalten, ohne Alleinerziehende, ohne Arbeitslose im Haushalt und ohne Migrationshintergrund. Intraregionale Einkommensarmutsquote: Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Region (bzw. des Bundeslands beim Ost-West-Vergleich); in Prozent der Bevölkerung. Mittlere Kaufkraft: Median des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens (Äquivalenzeinkommen) umgerechnet auf deutsches Preisniveau (regionale Preisdifferenzen sind herausgerechnet).

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; Mikrozensus 2013; BBSR; eigene Berechnungen



der Einkommensarmut (14,4 Prozent) leicht erhöht. Thüringen – bei traditioneller Messung deutlich einkommensärmer als alle westdeutschen Flächenländer – erreicht mit 14,3 Prozent im Länderranking den viertniedrigsten Wert. Bayern und Baden-Württemberg – auch ohne Preisbereinigung an der Spitze – führen mit 12,3 beziehungsweise 12,6 Prozent das Ranking an.

Dagegen tritt bei der Kaufkraftarmut ein starkes Stadt-Land-Gefälle zu Tage. Ist die Quote der rein städtischen Gebiete bereits bei der Einkommensarmut um 4,7 Prozentpunkte höher als in ländlichen oder teilurbanen Regionen, beträgt der Unterschied bei der Kaufkraftarmut sogar 7,9 Prozentpunkte und ist damit deutlich höher als die Ost-West-Differenz. Im Mittel kommen die rein städtischen Gebiete auf eine Kaufkraftarmutsquote von annähernd 22 Prozent. Das im Vergleich zur Einkommensarmut stärkere Stadt-Land-Gefälle bei der Kaufkraftarmut erklärt sich durch das hohe Preisniveau in den großen Städten: Es liegt im Schnitt um 7 Prozent höher als in den übrigen Regionen.

Auch scheinbar wohlhabende Städte weisen nach

der Preisbereinigung ein hohes Armutsrisiko auf. So hat Köln mit fast 27 Prozent die höchste Kaufkraftarmutsquote hinter Bremerhaven. Die Bankenhochburg Frankfurt schneidet mit einer Quote von über 22 Prozent nicht viel besser ab als die Ruhrgebietsstädte Gelsenkirchen, Dortmund und Duisburg, in denen zwischen 23 und knapp 25 Prozent der Bevölkerung relativ kaufkraftarm sind. Berlin – laut Eigenwerbung arm aber sexy – hat mit 22,7 Prozent nur eine marginal höhere Quote als Frankfurt. In den meisten anderen wirtschaftsstarken Städten sind ebenfalls viele Menschen relativ kaufkraftarm: In Hamburg, Bonn und Düsseldorf beträgt die Quote zwischen 21 und 22 Prozent; selbst in Stuttgart ist noch jeder Fünfte betroffen. Von den Städten mit mindestens einer halben Million Einwohnern unterbieten lediglich Dresden und – trotz des sehr hohen Preisniveaus – München mit 18 Prozent die 20-Prozent-Marke deutlich.

Dass die Städte insgesamt so schlecht abschneiden, erklärt sich nicht zuletzt durch die niedrige mittlere Kaufkraft – sie liegt 9 Prozent unter dem Niveau der ländlichen Bezirke. Lediglich Erlangen/Fürth und Bonn weisen unter den Stadtregionen eine über-

durchschnittliche Kaufkraft auf. Selbst München kommt unter Berücksichtigung seines hohen Preisniveaus nur auf eine durchschnittliche Kaufkraft.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den Städten auch große Unterschiede. So ist etwa in Duisburg die Kaufkraftarmutsquote mit gut 23 Prozent nur um 2 Prozentpunkte höher als in Bonn, obwohl die Kaufkraft mit 1.295 Euro um fast 240 Euro niedriger ist. Diesen großen Nachteil kann Duisburg jedoch fast ausgleichen, weil die Einkommen dort wesentlich gleichmäßiger verteilt sind als in der Bundesstadt: Würde man die Einkommensarmut nur innerhalb der Region betrachten – das heißt die Schwelle am mittleren Einkommen der jeweiligen Stadt orientieren –, käme Duisburg lediglich auf eine Einkommensarmutsquote von knapp 14 Prozent, Bonn dagegen auf annähernd 23 Prozent. Vergliche man sich also nur mit seinen Mitstädtern, wäre Bonn intraregional wesentlich stärker von Einkommensarmut betroffen als Duisburg.

Das Stadt-Land-Gefälle bei der Kaufkraftarmut lässt sich verringern, indem man bei der Armutsbekämpfung die Personengruppen mit erhöhter Armutsgefährdung anspricht. Dies sind Alleinerziehende, Alleinstehende, Personen mit Migrationshintergrund und nicht zuletzt Arbeitslose. Gelänge es beispielsweise durch eine verbesserte Integration und durch einen Ausbau der qualifizierten Ganztagsbetreuung das Einkommen dieser Personengruppen an das der übrigen Bevölkerung heranzuführen, würde vor allem in den Städten das Einkommensniveau ansteigen und die Einkommensungleichheit sinken. Denn die Personengruppen mit erhöhtem Armutsrisiko machen in den großen Städten fast zwei Drittel der Bevölkerung aus, in eher ländlichen Gebieten aber nur knapp die Hälfte. Betrachtet man ausschließlich die Bevölkerung ohne erhöhte Armutsrisiken, liegen Stadt und Land eng beisammen: Ihre Kaufkraftarmutsquote liegt bei 5,5 Prozent im ländlichen Raum und bei 5,7 Prozent in den Städten.

Die hohe Betroffenheit von Kaufkraftarmut in den Städten ist auch bei der anstehenden Neuausrichtung der Regionalpolitik ab 2020 zu berücksichtigen: In den bislang vorrangig geförderten ländlichen und ostdeutschen Regionen verknappt der demografische Wandel bereits die Arbeitskräfte, während die meisten Großstädte wachsen. Allein auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtete Investitionsbeihilfen für Unternehmen sind bei Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel in immer mehr Regionen nicht mehr zielführend. Regionalförderung sollte zukünftig kleinräumiger und zielgerichteter erfolgen, wobei die Problemgruppen „mitgedacht“ werden. Dabei sollte die Verknüpfung von öffentlichen Investitionen sowie der Investitions-, Innovations- und Gründungsförderung mit Bildung und Maßnahmen zur Integration und Stadtteilaufwertung vorangetrieben werden, um regionale Problemlagen besser zu adressieren.

Regionale Fördermaßnahmen sollten besser mit einer Politik für die besonders armutsgefährdeten Gruppen verzahnt werden, etwa durch Bildungsmaßnahmen für Geringqualifizierte und Migranten, die die Belange der Unternehmen im Blick haben. Erfahrungen zeigen, dass die Erfolgsquote von Schulungen höher ist, wenn die Teilnehmer bereits eine Stelle in Aussicht haben. Pendlerbeihilfen könnten zusätzlich helfen, um beispielsweise Arbeitslose aus dem nördlichen Ruhrgebiet mit Unternehmen im Münsterland, wo Arbeitskräfte fehlen, zusammenzubringen.

Literatur:

Kawka, Rupert, 2009, Regionaler Preisindex, BBSR Berichte, Band 30, Bonn

Rat der Europäischen Gemeinschaften, 1985, Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 2, Brüssel, S. 24–25.